



LISTE 5

Priorität: Familie.

Wahlen zum Parlament der
Deutschsprachigen Gemeinschaft

am 26. Mai 2019

Programm der Christlich Sozialen Partei

Verabschiedet am 7. Mai 2019 in Amel

Inhaltsverzeichnis

	Seite
Einleitung – Priorität: Familie!	4
I Familie – eine echte Herausforderung	5
A Familienzulagen – Kindergeld	5
B Kleinkindbetreuung	6
C Armut und Soziale Hilfe	7
D Gesellschaftliche Teilhabe für alle Menschen	8
E Vereinswelt	8
F Sport für alle	9
G E-Sports	10
H Integrationspolitik	11
II Bildung ist nicht nur „Wissen“	13
A Zwei- und Mehrsprachigkeit	13
B Hausaufgaben	14
C gerechte Entlohnung des Lehrkörpers	15
D Schulkosten senken	15
III In Würde altern	17
A Die Renten	17
B Abbau der Wartelisten in den Altenheimen	17
C Pflegeversicherung	19
D Altern in unseren Gemeinden	19
E Geriatric in St. Vith	21
IV Gesundheit und Pflege	22
A Ärztmangel im ländlichen Raum	22
B Pflege auf mehr Schultern verteilen	22
C Grenzüberschreitende medizinische Hilfe	23
D Krankenhauspolitik	24
E Leitmotiv: Familie und Gesundheit	25
F Medizinische Reha-Maßnahmen	27
G Demenz	27
H Psychiatrie im Norden der Deutschsprachigen Gemeinschaft	28
V Beschäftigung und Mittelstand	29
A Arbeitsmarkt	29
B Selbständigkeit und Unternehmertum	31

C	Fachkräftemangel und mittelständische Ausbildung	32
VI	Digitalisierung	34
VII	Nachhaltigkeit und Umweltschutz	35
VIII	Autonomie, Regierung und Parlament	36
A	Autonomieausbau	36
B	Finanz- und Haushaltspolitik	37
C	Parlament	38

Einleitung

Priorität: Familie!



Für uns ist der Familienstandort Ostbelgien elementar. Ob Fachkräftemangel, unsere Krankenhäuser, die Ausbildung unserer Jugend, Sport oder das Vereinswesen – die Familie spielt dabei immer eine große Rolle.

Als Familienvater erlebe ich jeden Tag, welche Herausforderungen der Alltag an eine Familie stellt. Ich weiß, wie es ist, wenn beide Elternteile arbeiten und wir nach einer Kinderbetreuung suchen, unsere Großeltern einen Pflegeplatz brauchen, die Schulkosten das Familienbudget belasten, für den Sportverein hohe Beiträge zu entrichten sind und wir gleichzeitig versuchen, eine familiäre Existenz aufzubauen.

Und dennoch: Für uns Christdemokraten war es immer klar, dass nicht die Politik bestimmen soll, was und wie es in den Familien zu laufen hat. Die Aufgabe der Politik liegt darin, für freiheitliche Rahmenbedingungen zu sorgen und Hilfestellungen für diejenigen anzubieten, die Förderung, Hilfe und Rat brauchen.

Wir haben nachgewiesen, dass Plätze in der Kleinkindbetreuung fehlen, dass das neue Kindergeld auch Verlierer hat, dass Senioren oft lange warten müssen, ehe sie einen Platz in einem Pflegeheim bekommen, und dass unklar ist, ob die Rente langfristig reicht. Diese Punkte bleiben seit langem offen. Und das wollen wir ändern!

Wir wollen, dass künftige politische Entscheidungen grundsätzlich hinsichtlich ihrer Familientauglichkeit geprüft werden sollen – wir nennen es Familien-Check. Werden etwa in den Bereichen Unterricht, Sport, Beschäftigung oder Kultur Entscheidungen getroffen, dann muss gleichzeitig erörtert werden, wie zielführend diese Entscheidungen für das Leben der Familien sind.

Für die CSP haben familienfreundliche Rahmenbedingungen absolute Priorität – damit klar wird, dass Kinder, Jugendliche, Senioren und die Familien bei uns gewollt und gefördert werden!

Helfen Sie uns dabei!

Ihr Colin Kraft
Spitzenkandidat
Liste 5 – CSP

I. Familie – eine echte Herausforderung!

In der Deutschsprachigen Gemeinschaft liegt seit 2012 ein familienpolitisches Gesamtkonzept vor, das wir Christlich-Sozialen begrüßen und unterstützen.

Aber was ist aus diesem Konzept geworden?

Welche Früchte trägt es?

Wo drückt der Schuh tatsächlich?

A) Familienzulagen - Kindergeld

Durch die 6. belgische Staatsreform ist die Deutschsprachige Gemeinschaft für die Festlegung und Auszahlung der Familienzulagen zuständig.

Die CSP begrüßt die Aufwertung des Kindergeldes für Familien mit wenigen Kindern. Zu den Gewinnern dieser neuen Zuständigkeit müssen aber alle Familien zählen – also auch die mit mehreren Kindern!

Tatsache ist nämlich, dass es im jetzt aktuellen System durchaus Familien geben wird, die weniger erhalten als vergleichbare Familien im alten System.

Verallgemeinernd kann gesagt werden, dass insbesondere Mehr-Kind-Familien in der Vergangenheit höhere Zulagen bekamen als dies vergleichbare Familien in der Zukunft bekommen werden.

Zudem erhalten im neuen System die Familien mit dem 3. Kind einen Zuschlag von 135€ (Stand 01.05.2019). Die Kinder, die gemeinsam in einer Patchworkfamilie leben, werden jedoch nicht zusammen berechnet, was dazu führen kann, dass die Familie diesen Zuschlag nicht erhält.

Wenn ein Kind in wirtschaftlich schwierigen Verhältnissen aufwächst, hat die Familie Anrecht auf einen Sozialzuschlag. Falls zusätzlich eines der Elternteile (oder beide) verstirbt, entfällt mit dem Halb- bzw. Vollwaisenzuschlag jedoch der Anspruch auf Sozialzuschlag. Das wollen wir ändern.

Das vergangene und neue Kindergeld-System unterscheidet sich vor allem in dem Zeitraum ab 18 Jahren, also in den Jahren der weiterführenden Ausbildung, stark voneinander. Das ist die Zeit, in der die Kinder deutlich mehr finanzielle

Unterstützung benötigen. Daher möchten wir mit einem Ausbildungszuschlag diesen Nachteil ausgleichen.

Die CSP fordert:

- **Bessere Berücksichtigung von Mehr-Kind-Familien;**
- **Berücksichtigung von Patchworkfamilien;**
- **Sozialzuschlag für Halb- und Vollwaisen;**
- **Zuschlag für Kinder im Studium und mittelständischer Ausbildung.**

B) Kleinkindbetreuung

In der ostbelgischen Kinderbetreuung ist der Grundsatz festgehalten, dass jede Familie mit Bedarf an Kinderbetreuung im Rahmen des verfügbaren Angebotes das Recht auf Kinderbetreuung hat. Das ist gut so!

Aber: Was tun, wenn dieses Angebot nicht ausreicht?

Denn eine flächendeckende Kinderbetreuung ist trotz des akuten Bedarfs heute nicht vorhanden – lediglich zwei Kinderkrippen stehen zur Verfügung und eine dritte steht vor der Inbetriebnahme.

Für den Zeitraum 2014 bis 2019 hat sich die Regierung dazu entschieden, eine einzige weitere Krippe mit 24 Plätzen zu finanzieren, die nun in Hergenrath eröffnet werden soll. In unseren Augen können die Familien in der Deutschsprachigen Gemeinschaft mehr erwarten.

Ganz offensichtlich stehen sich hier Bedarf, Ankündigung und konkrete Realisierung unvereinbar gegenüber. Die von der DG-Regierung initiierte „Offensive“ in Sachen Kleinkindbetreuung ist eher Beleg dafür, dass man sich hierzulande seit Jahren in der Defensive befindet.

Der junge Vater oder die junge Mutter, die beispielsweise in Manderfeld wohnt, nach St. Vith zur Kinderkrippe fahren und dann nach Bütgenbach zur Arbeit muss, ist nicht zu beneiden. Die Frage der Vereinbarkeit von Familie und Beruf ist daher auch ganz klar eine Frage der Erreichbarkeit! Einer Erreichbarkeit, der im sogenannten „Masterplan“ der aktuellen Regierung kaum Rechnung getragen wird!

Wir wollen deshalb:

- **dass sowohl in der Eifel als auch im Norden der DG unmittelbar eine bedarfsdeckende Kleinkindbetreuung mit erreichbaren Standorten geschaffen wird;**
- **dass der Verwaltungsaufwand für Tagesmütter gesenkt wird;**
- **dass die Zahl der Tagesmütter erhöht wird;**
- **Tagesmüttern ein berufliches Statut mit ordentlichen Verdienstmöglichkeiten anbieten;**
- **Betriebskrippen fördern;**
- **Private Initiativen im Bereich der Kleinkindbetreuung unterstützen.**

C) Armut und soziale Hilfe

In unserer Heimat ist der Lebensstandard hoch. Aber leider nicht für alle.

Auch wenn Armut in Ostbelgien nicht vollständig verhindert werden kann, so muss die Politik die Ursachen der Armut bekämpfen, private Initiativen fördern und öffentliche Hilfe bereithalten.

Die CSP will Grundlagen dafür schaffen, dass die Zivilgesellschaft, gemeinnützige Vereine und das Ehrenamt im Bereich der Armutsbekämpfung aktiv werden und durch die öffentliche Hand unterstützt werden können.

Die CSP will die Chance der beruflichen Eingliederung erhöhen. Wir wollen, dass das Arbeitsamt und die ÖSHZ dafür kompetentes Personal bereitstellen können und die nötigen Mittel erhalten.

Die CSP will ferner besondere Sensibilisierungskampagnen über Pilotprojekte in Schulen und Jugendorganisationen fördern, durch die Kinder und Jugendliche den vernünftigen Umgang mit Geld vermittelt bekommen.

Die CSP fordert:

- **aktive Unterstützung gemeinnütziger Vereine und Ehrenamtler bei der Armutsbekämpfung;**
- **Sensibilisierungskampagnen für Kinder und Jugendliche zum Umgang mit Geld;**
- **Chancen für die berufliche Integration durch entsprechende Programme erhöhen.**

D) Gesellschaftliche Teilhabe für alle Menschen

Menschen mit Behinderung wollen überall mitmachen können,
Menschen mit Behinderung wollen mitreden,
Menschen mit Behinderung wollen mitentscheiden,
Menschen mit Behinderung wollen da arbeiten, wo alle Menschen arbeiten.

Diese und andere Punkte der UN-Konvention¹ sind unsere Leitlinien.
Wir wollen nicht bevormunden und zwingen.
Wir wollen dort Hilfe bereitstellen, wo sie erwünscht oder gefordert wird.

Die CSP will, dass allen Menschen die Teilhabe am gesellschaftlichen Leben ermöglicht wird. Ähnlich wie beim Familien-Check (vgl. Seite 3) fordern wir, dass alle Entscheidungen der Politik oder der Verwaltung unbedingt so getroffen werden, dass sie behindertengerecht sind.

Menschen mit einer Beeinträchtigung müssen am Leben teilhaben – ohne Hindernis!

Wir wollen die Menschen mitnehmen, ihnen da Hilfe und Zuwendung anbieten, wo es erwünscht ist: Dabei spielen Unterricht und Schule, Kleinkindbetreuung, Beschäftigung, Seniorenpolitik, Wohnen, Sport und Kultur eine wichtige Rolle.

E) Vereinswelt

Das Vereinsleben und die Mitgliedschaft in den hiesigen Kultur- oder Sportvereinigungen ist ein Markenzeichen unserer Heimat.

Doch leider beklagen sich viele Vereine über hohe administrative Auflagen.

Immer weniger wollen oder können in ihren Klubs die Verantwortung für die Leitung und damit das Fortbestehen übernehmen.

Die CSP plädiert für eine dringende Durchforstung und den Abbau des Verwaltungsdschungels.

Ferner erkennen wir, dass die Beiträge der Mitglieder zum Teil sehr hoch sind und dennoch kaum ausreichen, den Vereinsbetrieb aufrechtzuerhalten. Insbesondere

¹ UN-Konvention über die Rechte von Menschen mit Behinderung

Familien mit Kindern leiden unter zunehmend hohen Mitgliedsbeiträgen. Die CSP fordert daher eine Neugestaltung der öffentlichen Zuwendungen an die Vereine, um die Mitgliedsbeiträge für Kinder und Jugendliche zu senken.

Wir wollen deshalb:

- **eine Durchforstung und einen Abbau der Verwaltungsvorgaben für die Vereine;**
- **eine bessere finanzielle Unterstützung für Vereine, um Mitgliedsbeiträge für Kinder und Jugendliche zu senken.**

F) Sport für alle

Ostbelgien ist ein echtes Sportparadies, das von seinen Bürgerinnen und Bürgern auch so angenommen und geschätzt wird: Über 25.000 Mitglieder nutzen die Angebote von über 250 Sportvereinen in mehr als 350 Sportstätten und -räumen.

Durch den Sport werden in vielerlei Hinsicht Querschnittsaufgaben wahrgenommen: Kleinkinder, Schüler, Leistungssportler, Vereine, Senioren, Freizeitaktivisten und viele andere nutzen die unglaubliche Bandbreite des Angebots – und das nicht nur wegen der Bewegung. Mithin sind Bereiche wie Gesundheit, Bildung, Sport, Familien- oder Seniorenpolitik unmittelbar vom Sportangebot betroffen.

Die CSP ist der Ansicht, dass die Sportvereine stärker gefördert werden müssen. Während die Deutschsprachige Gemeinschaft für die Kulturpolitik jährlich 3,9 Millionen Euro ausgibt, werden für den Sport 0,9 Millionen Euro vorgesehen.

Um also auf die Herausforderungen unserer Gesellschaft zu reagieren, muss an einer nachhaltigen Förderung gearbeitet werden. Dabei gilt das Leitmotiv: Vorbeugen ist günstiger als Heilen.

Die CSP spricht sich dafür aus, die Initiative aus dem Sportrat der DG zu unterstützen, einen ostbelgischen Sportdachverband zu gründen. Dieser soll möglichst regierungs- und politikunabhängig über einen Geschäftsführungsvertrag bezuschusst werden und als Organ fungieren, das die Kräfte aller Sportvereine in der DG bündelt. In diesem Rahmen soll der Dachverband nach vorgestelltem Modell u.a. administrative Hilfestellungen für Vereine anbieten, als Anlaufstelle für Förderprojekte und Schulungen dienen und als Partner in der Gesundheitsprävention fungieren.

Zur Sportstättenförderung gehören auch die Schwimmbäder.

Der Betrieb von Schwimmbädern ist jedoch kostenintensiv und in den wenigsten Fällen decken die Einnahmen die Ausgaben.

Die Deutschsprachige Gemeinschaft bezuschusst die durch Gemeinden und Vereinigungen betriebenen Schwimmhallen im deutschen Sprachgebiet.

Diese Bezuschussung ist auf die Wasseraufbereitung der Schwimmbäder beschränkt, aber sie ist im Verhältnis zu den Kosten, die die Träger tragen, relativ gering.

Die CSP bleibt bei ihrem Vorschlag, dass die DG den Gemeinden beim Kostenausgleich für den Betrieb von Schwimmbädern zur Hälfte entgegenkommen muss.

Wir wollen deshalb:

- **eine stärkere Förderung der hiesigen Sportvereine;**
- **einen unabhängigen ostbelgischen Dachsportverband, der die Kräfte aller ostbelgischen Sportvereine bündelt;**
- **eine stärkere Kostenbeteiligung der DG an den Schwimmbädern.**

G) E-Sports

Der Sport im Allgemeinen, die Sportarten und die Freizeitbeschäftigungen entwickeln sich weiter.

In den letzten Jahren verzeichnete die Branche der E-Sports weltweit eine rasante Entwicklung. Der organisierte sportliche Wettkampf zwischen Menschen mit Hilfe von Computerspielen füllt nicht nur in Asien und in den USA riesige Hallen, sondern hat auch hierzulande eine große Anhängerschaft.

Auch in Ostbelgien hat sich mit „E-Sports East Belgium“ ein Team gegründet, das einen ostbelgischen Ligabetrieb in verschiedenen Spielen zum Ziel hat.

Daher muss auch die Politik hier die Zeichen der Zeit erkennen. Denn wie bei jedem Sport gibt es nicht nur positive Aspekte, sondern auch Risiken.

Dabei sind Vereinsstrukturen, die für eine „reale“ Geselligkeit und Wettkampfatmosphäre sorgen, zu begrüßen. Nur in klassischen Vereinsstrukturen ist es möglich, wahre Gemeinschaft über das „Zocken“ hinaus zu erleben. Im Rahmen eines solchen Vereins ist der Wettkampfcharakter einer Mannschaft bei E-Sports auch nicht zu unterschätzen.

Genau das haben größere Vereine und Konzerne bereits erkannt und mit der Investition in diesen Bereich begonnen.

Dennoch verbinden insbesondere Eltern mit dem Einstieg in den E-Sport mögliche Risiken für ihre Kinder. Deshalb muss die Politik Vorbehalte gegenüber Computerspielen ernst nehmen und die Regeln einer eventuellen Förderung klar abstecken.

Die CSP sieht daher das Thema E-Sports und Videogaming als Querschnittsaufgabe der Politik an und möchte nicht nur die Förderfähigkeit von Vereinen nach vorne bringen, sondern alle möglichen Akteure auf dem Terrain dafür gewinnen, eine Strategie zu entwickeln, um den Familien und Jugendlichen Hilfestellungen anzubieten.

Dabei sollen die Bereiche Bildung, Soziales, Kultur und Sport sowie Medien und Gesundheit aktiviert werden, um u.a. in Sachen Suchtprävention, Medienkonsum sowie „reale“ Bewegung Aufklärung zu betreiben und den Jugendlichen sowie den Eltern ein ausgleichendes Miteinander zu ermöglichen.

Wir wollen deshalb:

- **E-Sports und Videogaming als Querschnittsaufgabe der Politik definieren;**
- **Aufklärungsinitiativen in Sachen Suchtprävention, Medienkonsum sowie „reale“ Bewegung unterstützen.**

H) Integrationspolitik

Die DG legte 2017 Rahmenbedingungen zur Integrationspolitik fest.

Freie Träger (v.a. nicht-kommerzieller Sektor), Gemeinden und ÖSHZ sind aufgerufen, die getroffenen Regelungen umzusetzen.

Das Erlernen der deutschen Sprache, der Respekt der Gesetze und Gepflogenheiten unserer Gesellschaft sowie die Leistungsbereitschaft stehen im Mittelpunkt.

In den Augen der CSP sind die einsetzbaren Mittel knapp und verhindern umfassendere Konzeptvorlagen der Akteure, die mit der Umsetzung betraut werden.

Außerdem:

- Das Integrationsdekret bleibt letztlich unverbindlich, da es nur gewisse Personen zu Sprach- und Integrationskursen verpflichtet; es ermöglicht nur unter gewissen Bedingungen die Teilnahme an diesen Kursen;
- es gibt kein „Rahmencurriculum“ (inhaltliche Festlegung der Kurse), weshalb die Lehrinhalte unklar bleiben;
- nur neuankommende Migranten gehören zur Zielgruppe – bereits länger hier lebende nicht;
- Integrationseinrichtungen müssen keinen Strategieplan vorlegen, der Auskunft über Konzept und Zielsetzung gibt;
- es gibt keine zu erreichenden Sprachstandards, weshalb die Integration auf dem Arbeitsmarkt eher schwierig wird;
- Gemeinden müssen die evtl. zusätzlichen Kosten der Integrationsmaßnahmen tragen;
- Der CSP fehlt die Selbstverpflichtung der Regierung, die Integrationspolitik erfolgreich umzusetzen.

Die CSP fordert:

- **klare, verbindliche und verpflichtende Regeln zur Integration ausländischer Mitbürger;**
- **diese Regeln zielen neben der kulturellen Integration auch auf die Integration auf dem Arbeitsmarkt ab;**
- **jeder Migrant – auch die, die schon länger hier leben – soll das Recht auf Integrationskurse haben;**
- **die zu erteilenden Kurse müssen klaren Standards (Anwesenheitspflicht, Prüfungsvorgaben, ...) zugrunde liegen;**
- **Integration ausländischer Kinder und Jugendlicher durch eine gemeinsame Plattform zwischen der Vereinswelt und der Jugendarbeit;**
- **zügige und unkomplizierte Anerkennung ausländischer Diplome und Abschlüsse.**

II. Bildung ist nicht nur „Wissen“!

A) Zwei- und Mehrsprachigkeit

Insbesondere im Verhältnis zur langjährigen Erteilung des Französischunterrichts sind die Zweitsprachenkenntnisse unserer Schülerinnen und Schüler als wenig zufriedenstellend einzustufen. Vor allem der Mittelstand beklagt die mangelnden Französischkenntnisse bei den Auszubildenden.

Diesem Mangel muss anders begegnet werden als durch einen Französischunterricht, der auf reines Wissen und Prüfungszensuren ausgerichtet ist.

Die CSP fordert, dass wesentlich mehr Fachunterrichte als bisher auf Französisch unterrichtet werden, da der Französischunterricht als solcher das entstandene Manko im Bereich der Zweitsprachenkenntnisse offenkundig nicht ausgleichen kann.

Insbesondere in den technischen und berufsbildenden Schulen müssen mehr Unterrichtseinheiten in Französisch erteilt werden.

Die CSP fordert mehr französischsprachigen Fachunterricht in unseren Sekundarschulen. Die Begrenzung dieser Unterrichte hat sich als nicht wirkungsvoll erwiesen.

Die CSP fordert weniger einengende Bedingungen hinsichtlich der Sprachkenntnisse für frankophone Lehrer. Elementare Kenntnisse der deutschen Sprache reichen zur Wissensvermittlung aus.

Wir wollen, dass es eine spürbare Förderung des praktischen Gebrauchs der Zweitsprache im gesellschaftlichen Umfeld gibt (Sporttrainer, Musiklehrer,...).

Die CSP fordert:

- **mehr Fachunterrichte als bisher auf Französisch;**
- **mehr Unterrichtseinheiten in Französisch in technischen und berufsbildenden Schulen;**
- **, dass frankophonen Sprachlehrern der Zugang zum Lehrerberuf in der DG erleichtert wird;**
- **spürbare Förderung des praktischen Gebrauchs der Zweitsprache im gesellschaftlichen Umfeld;**

- **in der Autonomen Hochschule wird das Fach „Französisch“ für Lehramtsanwärter im Studiengang „Kindergärtner/in und Primarschullehrer/in“ verpflichtend;**
- **die Studierenden müssen ein mehrmonatiges Praktikum in einer französischsprachigen Hochschule absolvieren.**

B) Hausaufgaben: Vorgabe und Vision

Hausaufgaben sind Hilfsmittel, die so eingesetzt werden müssen, dass sie Kinder nach individuellem Bedarf fördern.

Kinder sollen nach der Schule Zeit für ihre Hobbys und Zeit zum Spielen haben.

Hausaufgaben dürfen deshalb den zeitlichen Arbeitsaufwand der Kinder und Jugendlichen nicht belasten. Hausaufgaben müssen begleitet werden können, wenn Eltern dafür nicht zur Verfügung stehen.

Gerade Einelternfamilien stehen hinsichtlich der Begleitung ihrer Schulkinder oft sehr unter Druck! Diesem Druck wollen wir begegnen.

Deshalb befürwortet die CSP es, die Hausaufgaben auf ein Minimum zu reduzieren und dem Lehrpersonal so viel Spielraum einzuräumen, dass möglichst viel Zeit während der Schulzeit zur Verfügung steht, um die Aufgaben in der Klasse zu verrichten.

Die CSP will, dass Initiativen der Zivilgesellschaft zur Betreuung von Hausaufgaben besser gefördert und finanziell unterstützt werden. Bei der Hausaufgabenbetreuung wird ein Eigenanteil der Eltern erhoben.

Die CSP verfolgt die Vision einer „echten“ Ganztagschule. Das bedeutet, dass die Schüler in Zukunft die Möglichkeit erhalten sollten, durch „freie“ Zeit in der Schule die Bildungs-, Sport- und Fördermöglichkeiten zu nutzen und verrichteter Dinge nach Hause zu gehen.

Der Abschluss des Arbeitstages eines Schülers in der Schule entlastet den Alltag in der Familie, in der im Regelfall beide Elternteile arbeiten.

Die CSP fordert:

- **Reduktion der Hausaufgaben auf ein Minimum;**
- **Angebote zur Betreuung von Hausaufgaben besser unterstützen;**
- **als langfristiges Ziel die „echte“ Ganztagschule.**

C) Gerechte Entlohnung des Lehrkörpers

In der Deutschsprachigen Gemeinschaft werden jährlich durchschnittlich rund 25.000 Unterrichtsstunden finanziell nicht vergütet. Anders ausgedrückt, wird ein Teil des Unterrichts durch die Deutschsprachige Gemeinschaft finanziell nicht abgedeckt.

Die Summe der nicht entlohnten Stunden machen jährlich rund 36 Vollzeitstellen aus. Hierbei handelt es sich um Stellen, die nicht besetzt sind, wobei die Arbeit durch die übrigen Kollegen gratis verrichtet wird. Die DG spart hierdurch jährlich rund 1,6 Millionen Euro auf Kosten der Belegschaft.

Eine Reform zur Neuberechnung der Arbeitsstunden des Lehrkörpers muss eingeführt werden, um den Anforderungen des Lehrerberufs gerecht zu werden und diesen infolgedessen aufzuwerten.

Die CSP fordert, dass entweder die Überstunden finanziell zu vergüten oder die Stellen ordentlich zu besetzen sind.

D) Schulkosten senken

Die Kosten für den Schulbesuch sind erheblich und belasten die Haushalte der Familien mit Kindern, die zur Schule gehen.

Die CSP begrüßt die Initiative der Deutschsprachigen Gemeinschaft, die Schulbesuchskosten (insbesondere im Bereich des Schwimmunterrichts und bei Besuchen von sportlichen und kulturellen Aktivitäten in der Grundschule) zu senken.

Diese Initiative muss jedoch unbedingt weitergeführt werden. Die Ausdehnung dieser Kostensenkung auf den Sekundarschulbereich ist bis heute nicht spürbar.

Die CSP steht seit langem für die Reduzierung dieser Kosten und strebt an, die Kostensenkung im Schulbereich, insbesondere im Bereich der Sekundarschule,

weiter voranzutreiben. Außerdem muss für vergleichbare Preisangebote zwischen den Netzen gesorgt werden.

Durch ein Abkommen zwischen der Deutschsprachigen Gemeinschaft und der RWTH Aachen muss das sog. Semesterticket, durch das der Zugang zum öffentlichen Personennahverkehr ermöglicht wird, auch für Busse und Bahn nach Ostbelgien offenstehen. Insbesondere die Buslinie Nr. 14, die die Stadt Eupen mit Aachen verbindet, wird von zahlreichen Studenten aus den Nordgemeinden genutzt. Diese Linie ist bisher noch nicht Teil des Semestertickets. Das möchten wir ändern.

Die CSP fordert:

- **Reduktion der Kosten im Schulbereich – auch in der Sekundarschule;**
- **vergleichbare Preisangebote zwischen den Schulnetzen;**
- **Reduktion der Kosten beim Schülertransport;**
- **Aufnahme der DG in das RWTH-Semesterticket und Senkung der Kosten für die Buslinie Eupen-Aachen.**

III. In Würde altern

A) Die Renten

Die Rente muss nach dem Arbeitsleben das Altwerden in Würde garantieren.

Die CSP befürwortet weiterhin die Koppelung der Arbeitsleistung an den Rentenanspruch. Das heißt, dass die Mindestrente über der Einkommensgarantie für Betagte (EGB) liegen muss.

Durch den demographischen Wandel werden allerdings weniger Menschen die Renten der älteren Bevölkerung absichern können.

Es wird also darum gehen, neue Ideen zu entwickeln, um die Renten zu stützen.

Hierzu zählen in den Augen der CSP:

- a) Das individuelle Ermöglichen der Erhöhung der Lebensarbeitszeit. Wer will, soll länger arbeiten können. Die CSP ist nämlich nach wie vor der Auffassung, dass sich Arbeit lohnen muss;**
- b) Die Erhöhung der Frauenerwerbstätigkeit, bzw. die verbesserte Vereinbarkeit von Beruf und Familie;**
- c) Eine Migrationspolitik, die besonders qualifizierte Fachkräfte anzieht;**
- d) Die Verbesserung der Situation älterer Mitarbeiter in den Betrieben.**

B) Abbau der Wartelisten in den Altenheimen

Neben dem Bestreben ältere Menschen so lange wie möglich aktiv am Leben teilhaben und im Bedarfsfall von Familienmitgliedern betreuen zu lassen, muss unsere Gesellschaft Strukturen bereithalten, die diejenigen aufnimmt, die sich alleine nicht mehr helfen können.

Allerdings ist die Lage in der Deutschsprachigen Gemeinschaft aktuell so, dass derjenige, der einen Platz in einem ostbelgischen Seniorenheim sucht, lange warten muss.

Die Wartelisten vor unseren Alten- und Pflegestrukturen stellen eine nervliche Herausforderung für die betroffenen Senioren und ihre Familien dar.

In den vergangenen zehn Jahren hat es in diesem Sektor – trotz der immer deutlicher werdenden Herausforderung einer älter werdenden Bevölkerungsstruktur – keine entsprechende Großanstrengung hinsichtlich der Aufnahmekapazität gegeben.

Aussagekräftige Grundlagenforschungen darüber, wie viele Senioren aus der DG im französischen Landesteil untergebracht werden müssen, weil hier kein Platz mehr frei ist, fehlen.

Und für die Zukunft?

Zentrale Fragen, wie mehr Plätze in Wohn- und Pflegezentren geschaffen werden, was wir dem demographischen Wandel in Ostbelgien finanziell entgegenstellen, wie Mehrkosten aufgrund von neuen Herausforderungen im Pflegebereich gestemmt werden oder wie der drohenden Zunahme der Demenzfälle begegnet wird, lässt die aktuelle Regierung offen. Deshalb ist in Zukunft eine engere Zusammenarbeit mit den Krankenhäusern ebenso wichtig wie die Absicherung der Pflege und Betreuung zu Hause mit verstärkten Pflegemannschaften.

Die klare Antwort auf die Frage, ob und wie sicher „die ältere Frau Schmitz“ mit einer Betreuung, einer bedarfsorientierten Pflege und einer bezahlbaren Unterkunft im Alten- und Pflegeheim rechnen kann, fehlt.

Wir wollen deshalb, dass:

- **auch in Kooperation mit privaten Partnern die Unterbringungs-, Pflege- und Begleitstrukturen für Senioren den Herausforderungen des demographischen Wandels angepasst werden, indem bis 2035 insgesamt 1290 stationäre Plätze geschaffen werden;**
- **die durch die aktuelle Regierung festgelegte Begrenzung der Aufnahmekapazität der Seniorenheime aufgehoben wird;**
- **das pflegende Personal durch Neueinstellungen dringend entlastet wird;**
- **besondere Unterbringungsformen für demente Senioren geschaffen werden;**
- **verlässliche Statistiken über die kurz-, mittel- und langfristigen Trends im Pflegesektor erstellt werden, um rechtzeitig neue Prioritäten festzulegen;**
- **Altersarmut durch bezahlbare Strukturen begegnet wird;**
- **die Aufnahme in ein Pflegeheim muss unbürokratischer ablaufen, so dass Menschen mit akutem Bedarf auch unmittelbar eine Einrichtung finden.**

C) Pflegeversicherung

Im Rahmen des demographischen Wandels kommen auf die Deutschsprachige Gemeinschaft erhebliche Herausforderungen zu. Studien belegen, dass es in der DG in den nächsten Jahrzehnten eine erhebliche Verschiebung in der Altersstruktur geben wird.

Nach Übertragung weiterer Zuständigkeiten im Rahmen der letzten Staatsreform hat man in der Wallonischen Region die Entscheidung getroffen, eine eigene Pflegeversicherung zu schaffen und es der Flämischen Gemeinschaft gleich zu tun, die bereits vor vielen Jahren eine Pflegeversicherung eingeführt hat.

Auch in Deutschland und Luxemburg gibt es eine Pflegeversicherung.

Obschon bereits im Jahre 2001 in Aussicht gestellt, ist die Einführung einer Pflegeversicherung in der Deutschsprachigen Gemeinschaft bis heute nicht in Angriff genommen worden. Die DG-Bevölkerung befindet sich somit isoliert gegenüber seinen Nachbarn. Auch wenn die Stärkung der häuslichen Pflegedienste bzw. -angebote ein zentrales Tätigkeitsfeld in der DG darstellen, so muss gleichzeitig sichergestellt werden, dass auch die Menschen in der DG ein Angebot zur Prävention von Altersarmut im Pflegefall erhalten. Eine Pflegeversicherung wäre ein solches Angebot zur sozialen Absicherung.

Die CSP fordert:

- **dass die die Bevölkerung der Deutschsprachigen Gemeinschaft in den Genuss einer abgesicherten Pflege kommen muss - ähnlich wie das bei unseren Nachbarn geschieht;**
- **dass in diesem Rahmen geprüft wird, ob die Deutschsprachige Gemeinschaft eine eigene Pflegeversicherung einführt oder sich bei einer anderen Körperschaft anschließt.**

D) Altern in unseren Gemeinden

Unsere neun Gemeinden und die Deutschsprachige Gemeinschaft müssen im Sinne einer verantwortungsvollen Seniorenpolitik gemeinsame Wege gehen und sich gegenseitig unterstützen.

In der Deutschsprachigen Gemeinschaft fehlt es derzeit leider an alternativen Modellen zu Alten- und Pflegeheimen.

Die CSP möchte Wohnprojekte vorantreiben, bei denen gemeinnützige Trägervereine gemeinsam mit älteren Menschen selbstbestimmtes Wohnen organisieren.

Diese Wohnformen bestünden etwa aus gemeinsamen Ess- und Wohnräumen, und jeder Hausbewohner hätte seine eigene abgeschlossene Wohnung. Eine von allen Bewohnern finanzierte Hauswirtschafterin würde für eine tägliche gemeinsame Hauptmahlzeit und die Reinigung der Gemeinschaftsräume sorgen. Dabei ist auch an die Einbeziehung von Alten- und Pflegeheimen als Ansprechpartner bei nicht stationärer Hilfe zu denken.

Die CSP will die Selbstbestimmung und Eigenverantwortung älterer Menschen fördern sowie der Isolation und Vereinsamung entgegenwirken.

Zu beachten ist, dass neben der Wohnsituation (Zunahme der Single-Haushalte), die Mobilität (Optimierung des öffentlichen Personennahverkehrs), die Netzwerkbildung (Gefahr der zunehmenden Vereinsamung und Isolation), die Bekämpfung der Altersarmut, die Gesundheitsfürsorge, die Pflege, das Freizeitangebot (inklusive Sport, Fitness und Kultur) und die Sicherheit zu fördern bzw. voranzutreiben sind.

Die CSP will intergenerationelle Wohngemeinschaften fördern. In diesem Rahmen muss ebenfalls das Angebot der häuslichen Hilfe finanziell abgesichert sein.

Ferner sollte jede politische Entscheidung künftig einem „Demographie-Check“ unterzogen werden. Das heißt, dass Maßnahmen und Entscheidungen etwa in den Bereichen Kultur, Sport, Bildung, Jugend oder Infrastruktur dahingehend geprüft werden, welchen Einfluss und welche Folgen sie auf die künftigen Generationen haben.

Die CSP fordert:

- **Wohnprojekte zur Förderung des selbstbestimmten Wohnens älterer Menschen;**
- **die Schaffung intergenerationaler Wohngemeinschaften;**
- **die Einführung eines „Demographie-Checks“ für die Deutschsprachige Gemeinschaft;**
- **eine durchgehende Betreuungskette, die von der ersten Unterstützung über die Nutzung ambulanter Dienste und neuer Wohnformen bis hin zu den Wohn- und Pflegezentren reicht;**
- **Aufbau eines tragfähigen Netzwerks, in dem flächendeckend das Angebot an hauswirtschaftlicher Hilfe, niederschwellige Einzelbetreuung (Familienhelferinnen, Krankenwachen, ambulante Krankenpflege,...),**

Gruppenbetreuung (leider gibt es noch immer nur ein Seniorendorfhaus), neue Wohnformen, die nicht immer an ein Wohn- und Pflegezentrum angeschlossen sind, bis hin zu einer kohärenten Strategie für die stationäre Unterbringung ineinander greift;

- **ein flächendeckendes Angebot an Seniorendorfhäusern (auch für Menschen mit leichter und mittlerer Demenz) als vorgelagertes Angebot vor dem Demenzdorf.**

E) Geriatrie in St. Vith

Die Geriatrie-Abteilungen in Krankenhäusern pflegen die Krankheiten, die bei alternden Menschen auftreten. Dabei kommen gleich mehrere medizinische Fachrichtungen zum Einsatz: etwa Allgemeinmedizin, Innere Medizin, Orthopädie, Neurologie und Psychiatrie.

Die Geriatrie konzentriert sich darauf, dem älteren Menschen zu einem besseren Leben zu verhelfen.

In der Klinik St. Josef St. Vith gibt es keine Geriatrie, was auf eine Entscheidung der belgischen Föderalregierung zurückzuführen ist.

Die Aufgaben der fehlenden Geriatrie-Abteilung müssen dort andere Krankenhausabteilungen auffangen, was nicht nur zu bedeutenden Mehrkosten und finanziellen Einbußen für die St. Vith Klinik führt, sondern auch dem realen akuten Bedarf der Patienten nicht entspricht.

Die CSP fordert die Einrichtung einer Geriatrie-Abteilung in der St. Vith Klinik.

IV. Gesundheit und Pflege

A) Ärztemangel im ländlichen Raum

Aufgrund eines hohen Durchschnittsalters der Allgemeinmediziner in Ostbelgien müssen wir vorbeugende Maßnahmen ergreifen, um die Absicherung der ärztlichen Versorgung auf dem Land sicherzustellen.

Die durch die Föderalregierung getroffene Entscheidung, die Zulassungsbedingungen für Mediziner und die Bedingungen innerhalb des Medizinstudiums zu erschweren, wird dieses Problem schon bald verschärfen.

Die CSP will, dass die deutschsprachigen Studenten aus der DG eine definierte Anzahl Plätze bei der Aufnahmeprüfung im Fach Medizin erhalten. Zu erwägen ist, ob die Prüfung in den Fächern Ethik und Psychologie in der Muttersprache der Studierenden abgehalten wird.

Die CSP verurteilt das De-Block-Gesetz zur Einschränkung der Zulassungen zum Medizinstudium und fordert ein beherztes Auftreten der DG-Regierung gegenüber der Föderalregierung.

Die CSP will Anreize schaffen, damit sich junge Ärzte in Ostbelgien niederlassen. Wir wollen Studierende mit der Auflage fördern, sich für 10 Jahre hier vor Ort niederzulassen.

B) Pflege auf mehr Schultern verteilen

Der demographische Wandel führt dazu, dass es in der DG in den kommenden Jahren deutlich mehr Senioren geben wird. Laut DG-STAT steigt die Zahl der Über-60-Jährigen bis zum Jahr 2035 von aktuell 14.500 auf über 21.000 an. Das macht eine Steigerung von über 45 Prozent aus. Folglich wird auch die Zahl der Pflegebedürftigen steigen. Nicht anders wird sich die Situation in den Krankenhäusern darstellen.

Die Sicherstellung einer professionellen Hilfe für Pflegebedürftige ist daher wichtiger denn je.

Aber: Zu wenig Personal, hoher Leistungsdruck und zu geringe Bezahlung stellen sich als echte Belastung für die Belegschaft heraus. Das Problem ist dabei nicht nur, Pflegepersonal zu finden – sondern auch, es zu halten.

Die CSP fordert:

- **die Steigerung der Ausbildungsplätze im Pflegebereich verbunden mit einer Ausbildungsoffensive;**
- **die Stärkung der Personalstruktur im Bereich der Pflege in Altenheimen und Krankenhäusern;**
- **die finanzielle Aufwertung des Pflegeberufs;**
- **die Stärkung des sozialen Ehrenamts, ohne dieses durch Auflagen und Regelwerke zu gängeln;**
- **Weiterbildung von Pflegehelferinnen, damit diese niedragschwellige Aufgaben übernehmen können.**

C) Grenzüberschreitende medizinische Hilfe

Die CSP fordert seit Jahren den garantierten Zugang aller Einwohner der Großregion zu einer hochwertigen Gesundheitsversorgung – insbesondere in ländlichen Grenzregionen.

Dabei legen wir besonderen Wert auf die Möglichkeit der medizinischen Versorgung in der Muttersprache.

Vor diesem Hintergrund ist der CSP wichtig, dass neben der Zusammenarbeit mit den Krankenhäusern im frankophonen Landesteil auch die Kooperation mit Krankenhäusern in Nordrhein-Westfalen sowie Rheinland-Pfalz voranzutreiben ist.

In der Vergangenheit haben wir die belgische Föderalregierung mehrfach dazu aufgefordert, alles dafür zu tun, damit die unkomplizierte grenzüberschreitende Gesundheitsversorgung und das Grundrecht des Patienten auf eine Behandlung in seiner Muttersprache für die Bürger im belgisch-deutschen Grenzgebiet gesichert bleiben. Die Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft wurde ebenfalls mehrfach dazu aufgefordert, sich zusammen mit den Hauptakteuren für eine Umsetzung dieser Zielsetzungen einzusetzen.

Die erzielten Resultate der DG-Regierung sowie die Leitlinien der föderalen Gesundheitsministerin Maggie De Block sind allerdings mehr als enttäuschend.

Wir fordern, die medizinischen Grenzen wieder zu öffnen und die aktuell bestehende, unzureichende Ostbelgien-Regelung sofort zu reformieren.

Wir fordern, dass alle Falldaten des ehemaligen IZOM-Abkommens bei der INAMI analysiert werden, um den konkreten Bedarf hier in Ostbelgien zu ermitteln. Dadurch wollen wir Erkenntnisse darüber gewinnen, welche Fälle hier vor Ort in unseren Krankenhäusern zu behandeln sind und welcher Fall besser durch eine grenzüberschreitende Regelung zu behandeln ist.

Die CSP macht sich für eine Neuordnung auf euregionaler Ebene stark, mit der der Patient eine Wahl hat, wo er sich behandeln lassen kann. Der Patient muss die Wahl haben - ohne einen monetären Vor- oder Nachteil. Denn es bleibt wichtig, dass es für die hiesigen Krankenhäuser nicht zu einer Wettbewerbsverzerrung kommt.

Wir setzen uns auf europäischer Ebene ebenfalls für eine europäische Patientenakte ein, die gerade für die Bürger unserer Region von großem Wert sein wird. Durch sie soll verhindert werden, dass wiederholte Untersuchungen und Tests jeweils auf beiden Seiten der Grenze gemacht werden müssen und dabei unnötig Zeit und wohl auch Geld verloren geht.

Die CSP fordert:

- **eine unkomplizierte grenzüberschreitende Gesundheitsversorgung und die Wahrung des Grundrechts des Patienten auf eine Behandlung in seiner Muttersprache;**
- **eine Neuordnung der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit im medizinischen Bereich auf Ebene der Euregio;**
- **die Umsetzung der europäischen Patientenakte.**

D) Krankenhauspolitik

Die DG hat im Jahr 2016 die Infrastrukturfinanzierung der Krankenhäuser reformiert.

Die CSP befürchtete, dass der Eigenanteil der Krankenhäuser für Infrastrukturprojekte zu hoch ist, was Vorbehalte der ostbelgischen Krankenhäuser bestätigen.

Die DG-Regierung war zu einer höheren Bezuschussung nicht bereit.

Die CSP bleibt bei ihrer Haltung, die hiesigen Krankenhäuser auch in Infrastrukturfragen finanziell abzusichern und sie nicht in eine unsichere finanzielle Zukunft zu entlassen.

Die CSP fordert, dass das medizinische Angebot in den verschiedenen Fachbereichen der Krankenhäuser erweitert und daneben die Möglichkeit geschaffen wird, Patienten über die Fachärzte und Hausärzte dahin zu überweisen, wo sie die beste Behandlung bekommen können – also auch ins Ausland.

Die CSP fordert:

- **Lösungen für die Stellenabsicherung des Krankenhauspersonals;**
- **die Entlastung des Personals durch eine verstärkte Personaldecke;**
- **Lösungen dafür, dass die Kranken auch in Eupen und St. Vith ins Krankenhaus gehen können, ohne über umfangreiche Französischkenntnisse verfügen zu müssen;**
- **Weiterführung der Sprachkurse für Ärzte und das Pflegepersonal;**
- **dass eine Zusammenarbeit mit anderen Krankenhäusern in einem Netzwerk nicht mit unzumutbaren Fahrten für Patienten und Angehörige gleichzusetzen ist;**
- **Lösung für die Transportkosten zu den Referenzkrankenhäusern.**

E) Leitmotiv: Familie und Gesundheit

In Belgien werden in regelmäßigen Abständen Gesundheitsumfragen durchgeführt. Daran beteiligt sind ca. 6.000 Haushalte in mehr als 200 Gemeinden. Auch Gemeinden der DG sind für die Stichprobenerhebung ausgewählt worden.

Aktuellen Untersuchungen zufolge bleibt der Trend ungebrochen, dass die Belgier immer dicker werden. Das Durchschnittsalter der Betroffenen sinkt zudem. Die Zahl der Übergewichtigen hat sich auf Landesebene seit 1975 fast verdreifacht. Auch in Ostbelgien ist der Trend besorgniserregend.²

In Ostbelgien ist zudem der Alkohol- und Tabakkonsum sowie der Gebrauch von Psychopharmaka stark ausgeprägt.³

Erschreckend ist der übermäßig hohe Alkoholkonsum vor allem bei jungen Menschen. In der Altersgruppe der 15- bis 24-Jährigen gaben 41 Prozent der

² Parlamentarische Kontrollsitzung (Interpellation) vom 04. 11.2015 im PDG

³ http://www.ostbelgienstatistik.be/desktopdefault.aspx/tabid-2675/5096_read-33986/

Befragten an, zumindest einmal pro Woche mehr als sechs Gläser Alkohol zu trinken. Die Experten des Wissenschaftlichen Instituts für Volksgesundheit (WIV) sind sich einig: Junge Menschen in der Deutschsprachigen Gemeinschaft trinken zu viel Alkohol.

Fast ebenso deutlich fällt das Ergebnis beim Tabakkonsum aus. Mehr als 30 Prozent aller Menschen aus der Deutschsprachigen Gemeinschaft im Alter zwischen 15 und 24 Jahren rauchen jeden Tag. Landesweit liegt die Rate bei knapp 19 Prozent. Bei den 25- bis 44-Jährigen gibt es in der Deutschsprachigen Gemeinschaft etwa 26 Prozent Raucher. Auch dieser Wert liegt höher als im Belgien-Durchschnitt, denn laut Umfrage rauchen landesweit 24 Prozent der Befragten.

Die CSP fordert eine gezielte und nachhaltige Aufklärungsarbeit und Gesundheitsprävention in allen Gesellschaftsbereichen.

Des Weiteren müssen gesunde Ernährung, Bewegung und Drogenkonsum in unseren Schulen thematisiert werden. Initiativen der Zivilgesellschaft sind besonders zu fördern.

Darüber hinaus setzt sich die CSP dafür ein, dass zuckerhaltige Softdrinks in den Schulen der DG nicht mehr angeboten werden. Der Verkauf von Getränken ist für manche Schulen eine lukrative Einnahmequelle. Daher müssen gemeinsam mit den Schulträgern Strategien entwickelt werden, um die Schulen dafür zu gewinnen, auf den Verkauf solcher Getränke nachhaltig zu verzichten.

Die CSP setzt sich auch dafür ein, dass auf allen zuständigen Ebenen mehr Aufklärung zum Thema Lipödem betrieben wird. Dies hat zum Ziel, dass Lipödem als Krankheitsbild anerkannt wird und die (meist weiblichen) Betroffenen mehr Unterstützung erhalten.

Die CSP fordert:

- **eine gezielte und nachhaltige Aufklärungsarbeit und Gesundheitsprävention in allen Gesellschaftsbereichen;**
- **Förderung der Thematisierung von gesunder Ernährung, Bewegung und Drogenkonsum in den Schulen und im Zivilbereich;**
- **ein Ende zuckerhaltiger Softdrinks in den Schulen.**

F) Medizinische Reha-Maßnahmen

Zurzeit wird an einem Abkommen gearbeitet, damit ostbelgische Patienten auch weiterhin Reha-Maßnahmen in anderen belgischen Landesteilen in Anspruch nehmen können. Unklar ist, wie die Inanspruchnahme von Reha-Maßnahmen im Ausland in Zukunft abgerechnet werden sollen.

CSP will sicherstellen, dass DG-Bürger Reha-Maßnahmen in Deutschland in Anspruch nehmen dürfen. Insbesondere die Kostenvergütung muss unbedingt zugunsten der hiesigen Patienten geklärt werden.

G) Demenz

Demenz zählt zu den wichtigsten Herausforderungen der nahen Zukunft:

Die Zahl der Menschen mit Demenz soll sich Schätzungen zufolge in den nächsten 30 Jahren verdoppeln.

Das bedeutet, dass nicht nur mehr Menschen unmittelbare Hilfe brauchen, sondern auch mehr Familienangehörige direkt oder indirekt in den Verlauf der Krankheit einbezogen werden.

Es geht also nicht nur um die Pflege, sondern auch um die Beratung und Entlastung des Umfeldes der Patienten.

Wir wollen die professionelle Demenz-Pflege ausbauen und fördern. Das bedeutet, den einzelnen Stadien der Krankheitsentwicklung und den individuell notwendigen Bedürfnissen optimal, gezielt und vor allem würdevoll durch mehr Personal zu begegnen.

Deshalb will die CSP neben der verbesserten Pflegestruktur auch eine umfangreiche Sensibilisierung durchsetzen, die die Demenz aus der vermeintlichen Tabu-Zone herausholt.

Die Deutschsprachige Gemeinschaft muss sich diesen Herausforderungen stellen. Denn es gibt weder eine abgesicherte Statistik über die bisherige Entwicklung noch eine resolute Planung, die unsere Gemeinschaft auf diese Herausforderung vorbereitet.

Zwar gibt es in der Deutschsprachigen Gemeinschaft ein sog. Strategiepapier, in dem Öffentlichkeitsarbeit, Diagnose, Unterstützung der pflegenden Angehörigen,

Unterstützung der Demenzpatienten und Weiterbildungen thematisiert werden – eine tragfähige Unterbringungsstruktur oder die Bereitstellung von ausreichend professionellem Pflegepersonal fehlt hingegen.

Die CSP fordert:

- **eine umgehende Neubestimmung des Pflegebedürftigkeitsbegriffs im Rahmen eines eigenen Demenz-Dekrets;**
- **eine Pflegeversicherung, die den Patienten und Angehörigen direkte und unkomplizierte Hilfe zusichert;**
- **ein Sofortprogramm für eine bessere Personalausstattung und bessere Arbeitsbedingungen in der Kranken- und Altenpflege;**
- **die Einrichtung eines Demenzdorfes und anderer Infrastrukturen, die modernen Anforderungen der Pflege, Betreuung und einem menschenwürdigen Lebensumfeld gerecht werden.**

H) Psychiatrie im Norden der Deutschsprachigen Gemeinschaft

Die Situation der Psychiatrien in Belgien ist als mangelhaft einzustufen. Das gilt leider auch für den Norden der Deutschsprachigen Gemeinschaft.

Das Angebot des St. Vithers Krankenhauses ist für das gesamte Gebiet der DG unzureichend: Die Betten sind permanent belegt, und es kann eher selten jemand auf Anfrage vom Norden der DG dort hospitalisiert werden. Dies führt oft zu schwierigen familiären Situationen.

Die Psychiatrie in Ostbelgien wird durch die CSP zur Priorität in der nächsten Legislaturperiode.

Die CSP fordert die Einrichtung einer Psychiatrie im Norden der DG

V. Beschäftigung und Mittelstand

Wenn es stimmt, dass unsere Unternehmen von der Wirtschaft unserer Nachbarländer und -regionen abhängen, dann tun das unsere Arbeitsplätze folglich in gleichem Maße.

Wir brauchen also Unternehmen in unserer Gegend, die Produkte und Dienstleistungen anbieten und exportieren. Und wir brauchen Instrumente wie das Arbeitsamt oder die ÖSHZ, die die vorhandenen Arbeitskräfte möglichst schnell, bedarfsorientiert und zielgerichtet vermitteln.

Die CSP fordert daher, dass die Deutschsprachige Gemeinschaft auch weiterhin optimale Handlungsmöglichkeiten für alle Organe im beschäftigungspolitischen Bereich anbietet.

Insgesamt muss dafür gesorgt werden, dass die Steuerlast auf Arbeit abnimmt. In diesem Sinne wird die CSP die Zusammenarbeit mit ihren Partnern cdH und CD&V auf föderaler Ebene weiterhin ausbauen.

Die CSP will, dass das Einkommen durch Arbeit zur Absicherung der eigenen Versorgung ausreicht.

A) Arbeitsmarkt

1. Das Arbeitsamt der Deutschsprachigen Gemeinschaft ist Anlaufstelle und Ratgeber für Unternehmen im Bereich der Stellenvermittlung, Ausbildungsangebote und Beihilfen.

Es ist der erste Ansprechpartner für Arbeitssuchende und hilft, passende Ausbildungsangebote und Wege zur Umschulung zu finden.

Das Arbeitsamt informiert ferner über Berufe, Berufsbereiche, Ausbildungs- und Studienmöglichkeiten und leistet somit wichtige Hilfe bei Zukunftsentscheidungen vieler junger Menschen.

Die CSP will, dass dem Arbeitsamt insbesondere in Zusammenhang mit neuen Kompetenzen in der Beschäftigungspolitik Personal, finanzielle Mittel und Räumlichkeiten zur Verfügung stehen, die diese Dienstleistung auch künftig garantieren.

2. Die Anstellung von Personal muss sich für alle Beteiligten lohnen – für Arbeitgeber und Arbeitnehmer.

Die CSP fordert in diesem Zusammenhang den Abbau der sogenannten „Beschäftigungsfallen“. Denn derzeit ist es für gewisse Leistungsempfänger finanziell unattraktiv, arbeiten zu gehen, weil das Gehalt oder der Lohn geringer sind als das Geld der Arbeitslosenunterstützung oder der Sozialhilfe.

Verschiedene Maßnahmen steuerlicher (Berufssteuervorabzug) oder sozialrechtlicher Art (Anhebung der Mindestlöhne im Niedriglohnssektor) können nur auf föderaler Ebene ergriffen werden. Gemeinsam mit unseren Partnern cdH und CD&V wollen wir erreichen, dass gerade in diesem Bereich gilt: „Leistung muss sich lohnen“ und „Arbeit muss reizvoll sein“.

3. Dazu müssen familienfreundliche Programme gefördert werden. Hier ist unter anderem die Deutschsprachige Gemeinschaft am Zug:

- kostenlose Kinderbetreuung für Beschäftigte mit niedrigen Einkommen;
- eine garantierte flächendeckende Kleinkindbetreuung.

4. Der Erfolg der Betreuung und Wiedereingliederung von Arbeitslosen hängt entscheidend davon ab, wie individuell und auf den Einzelfall bezogen diese Betreuung erfolgen kann.

Das Arbeitsamt muss daher in der Betreuung über die erforderlichen Mittel und Arbeitskräfte verfügen, um eine noch effizientere Integrationsarbeit zu leisten.

5. Die rasche Besetzung offen gemeldeter Stellen ist für die Unternehmen der DG von besonderer wirtschaftlicher Bedeutung.

Die CSP erwartet daher verbesserte Handlungsspielräume des Arbeitsamtes bei der Besetzung offener Stellen sowie verbesserte Nutzung der Internetdienstleistungen des Arbeitsamtes durch Arbeitgeber und Arbeitsuchende.

Die CSP fordert:

- | |
|---|
| <ul style="list-style-type: none">- dem Arbeitsamt auch in Zukunft ausreichend Personal, finanzielle Mittel und Räumlichkeiten zur Verfügung zu stellen;- den weiteren Abbau der sogenannten „Beschäftigungsfallen“;- familienfreundliche Programme zur besseren Vereinbarkeit von Familie und Beruf als Standortfaktor. |
|---|

B) Selbständigkeit und Unternehmertum

Auf dem Gebiet der Deutschsprachigen Gemeinschaft gibt es rund 2.200 Arbeitgeber, von denen etwa 1.400 weniger als fünf Mitarbeiter beschäftigen.

Lediglich zwei Unternehmen beschäftigen mehr als 500 Menschen.

Das will die CSP:

Der Weg in die Selbständigkeit muss unterstützt werden:

Schaffung finanzieller Anreize (Gründerschecks, Risikokapital), Einbindung in Netzwerke, Zusammenarbeit mit den Schulen oder Beihilfen im Laufe der Übergangszeit ehe sich der junge Betrieb etabliert hat, sind Maßnahmen, die verstärkt ins Angebot der öffentlichen Hand gehören.

1. Jungen Unternehmen soll mehr Sicherheit geboten werden, so z.B. über einen Fonds gegen Risiken wie Unfall oder Krankheit. Solange die Deutschsprachige Gemeinschaft hierfür keine Entscheidungsmöglichkeiten besitzt, muss eine Abstimmung mit der Wallonischen Region oder der Föderalebene erfolgen.

2. Die bereits bestehende Existenzgründungsinitiative in der DG muss langfristig konsolidiert und finanziert werden.

Die hiesige Wirtschaftsförderungsgesellschaft ist dabei ein zentraler Partner.

3. Gleichzeitig ist der Mittelstand ein enorm wichtiger Ausbildungsträger. Diese Aufgabe muss geschützt werden.

Wir verfügen in den neun deutschsprachigen Gemeinden über ein bedeutendes Potential an fleißigen und ehrgeizigen Menschen, auf die wir bauen.

Der Mittelstand ist also nicht nur wirtschaftspolitisch entscheidend. Auch von der Beschäftigung und Ausbildung her spielt der Mittelstand eine tragende Rolle. Und schließlich wirbt der Mittelstand sogar für unsere gesamte Gegend, da er sich international durch Preise längst einen Namen gemacht hat.

Es geht also nicht nur um Geld, sondern vor allem um Menschen und unsere Heimat im Allgemeinen.

4. Fakt ist, dass durch die im europäischen Vergleich dritthöchste Steuerlast für belgische Betriebe ein echter Wettbewerbsnachteil entsteht, insbesondere gegenüber der deutschen, niederländischen und der luxemburgischen Konkurrenz.

Dieser Nachteil führt nicht selten dazu, dass Unternehmer und vor allem auch die Arbeitnehmer spüren, dass sich die Anstrengungen und die Arbeit, die die Menschen in ihre Betriebe gesteckt haben, nicht mehr lohnen.

Die CSP fordert:

- **bessere Unterstützung junger Unternehmer, die den Weg in die Selbständigkeit wagen;**
- **Konsolidierung der bestehenden Existenzgründungsinitiative in der DG;**
- **Stärkung des Mittelstands als enorm wichtiger Ausbildungsträger;**
- **Abbau der Steuerlast für belgische Betriebe (Wettbewerbsnachteil).**

C) Fachkräftemangel und mittelständische Ausbildung

In Ostbelgien wird seit Jahrzehnten eine gute und gründliche handwerkliche Ausbildung angeboten.

Diese Qualität ist allerdings Fluch und Segen zugleich:

Während unsere Betriebe gerade wegen ihrer zuverlässig guten Arbeit volle Auftragsbücher haben, zieht es viele qualifizierte Fachkräfte in unsere Nachbarregionen.

Obschon diese Entwicklung seit vielen Jahren bekannt ist, schafft es die Deutschsprachige Gemeinschaft nicht, eine nachhaltige Trendwende herbeizuführen. Denn Tatsache ist, dass einige Handwerkssektoren unter dem akuten Lehrlingsmangel leiden und die Kundschaft nur noch mit größter Anstrengung bedienen können.

„Hinzu kommt, dass offene Lehrstellen im Mittelstand trotz Schnupperwochen, Lehrstellenbörse und anderen Aktionen nicht mit motivierten und geeigneten Kandidaten besetzt werden können“, erklärt das Institut für die Aus- und Weiterbildung im Mittelstand.⁴

Erschwert wird die Situation letztlich durch die demographische Entwicklung: Mehr und mehr erfahrene Mitarbeiter gehen in Rente und immer weniger junge Leute rücken nach.

Schließlich erkennen wir, dass immer mehr junge Leute eine akademische Ausbildung anstreben und sich gegen den Handwerksberuf entscheiden.

⁴ IAWM-Tätigkeitsbericht 2017, S. 24f

Doch genau hier geht es um einen Imagewechsel, da die mittelständische Ausbildung in Ostbelgien anspruchsvoll ist und erwiesenermaßen eine Fülle von Chancen hinsichtlich der Berufschancen bietet.

Will Ostbelgien seinen Wirtschaftsstandort halten, muss enger als je zuvor mit den belgischen Gliedstaaten, den Partnern in der Euregio und dem Großherzogtum Luxemburg zusammengearbeitet werden.

In den Augen der CSP sind die direkten Möglichkeiten der DG, den Fachkräftemangel auf dem Arbeitsmarkt zu beheben, eher gering. Es wird also darum gehen, den Familien optimale Lebensumstände anzubieten, in denen Familien mit Kindern gerne wohnen. Der Familienstandort Ostbelgien sollte als Standortvorteil verstanden und entsprechend gefördert werden – auch in Hinblick auf die Bekämpfung des Fachkräftemangels.

Die CSP fordert:

- **Eine grundlegende Verbesserung der Informationstechnologie und deren Förderung in unseren Betrieben; dazu zählt auch eine intensive Weiterbildung aller Personalstrukturen;**
- **Eine Imageaufwertung der mittelständischen Ausbildung, der beruflichen und technischen Unterrichtszweige in den Schulen;**
- **Frauen und Männern muss der Wiedereinstieg ins Berufsleben nach einer Familienpause erleichtert werden;**
- **Ältere sollen die Möglichkeit haben, ihr Wissen Jüngeren weiterzugeben;**
- **Teilzeitkräfte sollen motiviert werden, ihre Arbeitszeit zu verlängern;**
- **Migranten und Asylbewerber sollen wesentlich konsequenter in den Arbeitsmarkt integriert werden;**
- **Mehrsprachigkeit ist unbedingt zu fördern – dies mit besonderem Nachdruck auf die Kenntnisse der französischen Sprache;**
- **eine flächendeckende Kleinkindbetreuung;**
- **Verbesserung der Aufnahmestrukturen in den Alten- und Pflegeheimen und damit Entlastung der Familien;**
- **Aufwertung und Entlastung der Pflegeberufe durch mehr Personal;**
- **eine familienfreundliche Wohnungsbaupolitik.**

VI. Digitalisierung

Unsere Gesellschaft verändert sich. Aber auch die Rahmenbedingungen für unser Leben entwickeln sich jeden Tag weiter. Erreichbarkeit, WLAN-Netz, Smartphones und mobiles Internet sind für viele unverzichtbare Begleiter des täglichen Lebens geworden. Die CSP ist der festen Überzeugung, dass die Digitalisierung eine große Chance bietet: gesellschaftlich, beruflich, wirtschaftlich oder im Sozialbereich.

Die Digitalisierung ist zu einer Voraussetzung für das Anbieten und Erbringen von vielen Dienstleistungen geworden.

Doch bei allem Eifer ist auf die Sicherheit im Netz zu achten und der Datenmissbrauch auszuschließen.

Die CSP will,

- **dass die Digitalisierung in unseren Schulen, in unseren Ämtern und Einrichtungen verbessert wird.**
- **Dazu muss auch in bislang nicht erschlossenen Gebieten die Voraussetzung geschaffen werden!**
- **Wir brauchen moderne Werkzeuge, um die Herausforderungen des demographischen Wandels oder der Datenverwaltung im Sozial- und Gesundheitsbereich effizient und zum Nutzen der Bevölkerung einzusetzen.**

VII. Nachhaltigkeit und Umweltschutz

Die Erkenntnisse über das Artensterben und die Klimaerwärmung machen seit Jahren deutlich, wie wichtig Umweltschutz und der nachhaltige Umgang mit unseren Ressourcen ist.

Gerade in der von einer intakten Ökologie dominierten Gegend wie der unseren müssen wir uns für den Erhalt der Umwelt und das Erbe für unsere Kinder einsetzen.

Für uns sind Nachhaltigkeit und Umweltschutz Querschnittsaufgaben, die Gemeinden, Regionen, der Föderalstaat, die Europäische Union und natürlich die Deutschsprachige Gemeinschaft in gleicher Weise umsetzen müssen.

Wer gesunde Nahrung will, muss den lokalen Akteuren die Möglichkeit lassen, diese Nahrungsmittel hier vor Ort herzustellen.

Die Bürgerinnen und Bürger in unserem Land sollen sich mit einwandfreien Lebensmitteln ernähren können. Dies ist nur möglich durch eine flächendeckende, nachhaltige und regional verwurzelte Landwirtschaft.

Gerade weil die Landwirtschaft und damit die landwirtschaftlichen Betriebe in unserer Gegend wichtige Aufgaben beim Erhalt der Biodiversität, bei der Wahrung und Pflege unserer Kulturlandschaft übernehmen, fordert die CSP alle Entscheidungsebenen dazu auf, landwirtschaftliche Betriebe zu fördern.

**Die CSP will,
dass die Deutschsprachige Gemeinschaft mehr als bisher das Augenmerk auf den Umweltschutz legt.**

Dazu zählen:

- **der nachhaltige Bau von Infrastrukturen;**
- **der Einsatz von Photovoltaik;**
- **die Nutzung von Solarenergie;**
- **die Sensibilisierung durch unser Schulsystem;**
- **die Ausrichtung unserer Wohnungsbau- und Raumordnungspolitik;**
- **die Drosselung des Energiekonsums in allen öffentlichen Gebäuden;**
- **die Durchsetzung des Klimaplans;**
- **der Gebrauch von Sodasprudlern zur Vermeidung von Plastikflaschen;**
- **die verstärkte Nutzung regionaler Produkte in den Kantinen.**

VIII. Autonomie, Regierung und Parlament

A) Autonomieausbau

Die Deutschsprachige Gemeinschaft baut ihren Zuständigkeitsbereich immer deutlicher aus. Dies geschieht durch die Übernahme gewisser Kompetenzen der Wallonischen Region und vor allem im Rahmen der verschiedenen Staatsreformen.

Dieser Ausbau des Zuständigkeitsbereichs hat das Ziel, Dienstleistungen unmittelbarer, kostengünstiger und bürgernäher anzubieten.

In den Augen der CSP muss dieser Autonomieausbau direkt mit einer erkennbaren Mehrwertsteigerung zugunsten der DG-Bevölkerung verbunden sein.

Wenn auch das Erreichen des Mehrwertes in einigen Bereichen als durchaus gelungen betrachtet werden kann (etwa in der Beschäftigung, der Gemeindeaufsicht oder im Denkmalschutz), steht außer Zweifel, dass insbesondere in den letzten Jahren deutliche Fehlerquellen sichtbar wurden.

So fehlen weiterhin eine Pflegeversicherung, ein umfassendes Reha-Angebot einschließlich einer befriedigenden grenzüberschreitenden Fallbetreuung, eine Integrationspolitik mit verpflichtendem Charakter, Familienzulagen, die nicht nur Ein-Kind-Familien bevorzugen, eine Altenheimstruktur, die den Herausforderungen des demographischen Wandels gerecht wird.

Von daher ist es nachvollziehbar, dass längst nicht alle Bürger die von der DG-Regierung verbreitete positive Grundeinstellung teilen, dass unsere Gemeinschaft ihre Autonomie weiter ausbauen und dazu weitere Zuständigkeiten von der Wallonischen Region übernehmen sollte.

Die an die DG übertragenen Zuständigkeiten im Bereich der Baugenehmigungen und des Wohnungsbaus müssen daher hinsichtlich ihrer Umsetzung unbedingt mit der Zivilgesellschaft und den Bürgerforen abgesprochen und geplant werden. Und auch hier gilt, dass alle getroffenen Maßnahmen hinsichtlich ihrer Familientauglichkeit zu prüfen sind.

B) Finanz- und Haushaltspolitik

Der Schuldenstand der Deutschsprachigen Gemeinschaft hat sich seit 2012 von 66,6 Mio. Euro auf heute über 470 Mio. Euro mehr als versechsfacht.

Trotz einer auch durch die CSP durchgesetzten großzügigen Refinanzierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft durch den Föderalstaat im Jahre 2015-16 fehlt das Geld in vielen Bereichen.

Die durch die CSP im Rahmen des Finanztransfers geforderte Aufwertung der Bereiche Gesundheit, Senioren, Pflege und Jugend hat überdies nur punktuell stattgefunden.

Daher fehlen befriedigende Antworten auf folgende Bedürfnisse der Bevölkerung:

- eine Pflegeversicherung
- Familienzulagen, die allen die gleichen Vorteile bringen
- ausreichend Aufnahmestrukturen in den Altenheimen
- genügend Kinderbetreuungsplätze
- Abbau Überstunden im Unterrichtswesen
- mehr Pflegepersonal
- Senkung der Schulkosten im Sekundarschulbereich
- zukunftssträchtige Aufnahmestrukturen für Demenzkranke
- Entlastung der Sport- und Kulturvereine
- eine umfassende Hausaufgabenbetreuung

Die CSP ist für den Abbau der Verschuldung, damit künftige Generationen Perspektiven zur Durchsetzung eigener Vorstellungen haben.

Neue Handlungsspielräume müssen für die Familienpolitik eingesetzt werden.

Die politischen Kabinette der Minister müssen abgebaut und der Verwaltungsapparat des Ministeriums soll nur noch dann ausgebaut werden, wenn neue Kompetenzen an die DG gehen.

Ausgaben für Studien, Repräsentation, Auslandsbüros, Werbekosten, Ministerfahrzeuge und Spesen sind unbedingt um die Hälfte zu reduzieren.

Wir sind der Ansicht, dass die vier Regierungsmitglieder keine fünf Chauffeure benötigen. Bestenfalls soll eine kostengünstigere Fahrbereitschaft eingerichtet werden.

C) Parlament

Die in der Legislaturperiode 2014-2019 durchgesetzte Einschränkung der Kontrollmöglichkeit des Parlaments gegenüber der Regierung möchten wir rückgängig machen. Die Fragen der Parlamentarier sollen bei Bedarf umfangreicher sein und einen längeren Zeitraum betreffen dürfen.

Die CSP hat auf ihrem Parteitag im Februar 2018 beschlossen, dass – wie in anderen Parlamenten auch – das Amt des Parlamentspräsidenten mit dem des Senators zu verbinden ist, solange sich der Senat in der aktuell überschaubaren Kompetenzsituation befindet.